

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: - (1971)
Heft: 1

Artikel: Die Schweiz und ihre Wirtschaft
Autor: Brugger, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911121>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz und ihre Wirtschaft

Anlässlich der diesjährigen Auslandschweizertagung, die vom 27. bis 29. August in Brunnen stattfand, entwarf Herr Bundesrat Ernst Brugger, Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, ein interessantes Bild der Probleme, die sich der schweizerischen Wirtschaft stellen. Es ist uns ein Vergnügen, unseren Lesern einige wichtige Punkte vorzustellen, die im Rahmen dieses Exposés vom Vertreter des Bundesrates behandelt worden sind.

Red.

Einleitung

Wer die Vorgänge in unserem Lande aus räumlicher Distanz betrachtet und nur in kürzerem oder längerem zeitlichen Abstand selber den Schauplatz des Geschehens aufsucht, wird kaum um die Feststellung herumkommen, dass im Bereich der Binnenwirtschaft sich die Dinge zugespitzt und die Probleme gehäuft haben. Gewiss gereicht es uns zum Trost, dass die Sorgen und Schwierigkeiten, die uns die Wirtschaftsentwicklung bereitet, nicht aus ungenügendem Absatz, mangelnder Beschäftigung und sozialer Not stammen, sondern ganz im Gegenteil Folgen des beschleunigten Wachstumstempes, des überbeanspruchten Produktionsapparates und der chronischen Personalknappheit sind. Aber das enthebt uns nicht der dringenden Notwendigkeit, mit Nachdruck die Massnahmen vorzukehren, die geeignet erscheinen, das gestörte wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen, ganz besonders aber die erhitzte Konjunktur abzukühlen und die Teuerung, die dieses Jahr einen seit Kriegsende 1945 nicht dagewesenen Umfang erreicht, auf ein erträgliches Mass zurückzuführen.

Die Basis unserer wirtschaftlichen Entwicklung

Wir waren nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber den meisten unse-

rer Handelspartner nicht nur durch ein unversehrtes Industriepotential, sondern auch durch eine solide und stabile Währung begünstigt. Dass die Schweiz während der fünfziger Jahre im allerletzten Glied der weltweiten Teuerung marschierte und selbst in den sechziger Jahren hierin meist ein Mittelmass einhielt, hat die Konkurrenzkraft unserer Aussen- wie unserer Binnenwirtschaft spürbar gesteigert. Als anfangs der fünfziger Jahre die Liberalisierung des europäischen Waren- und Wahlungsverkehrs erhöhte Absatz- und Umsatzchancen versprach, griffen die Exportbranchen wie das Fremdenverkehrsge- werbe begreiflicher- und erwünschterweise mit beiden Händen zu.

Das Problem der ausländischen Arbeitskraft

Aber die Expansion ging – wenn man das so ausdrücken darf – nicht nur in die Höhe, sondern auch in die Breite: die expandierenden schweizerischen Unternehmungen warben, um der wachsenden Nachfrage genügen zu können, ausländische Arbeitskräfte in grosser Zahl an, die anfänglich auch in der Landwirtschaft und im Hausdienst, später fast ausschliesslich in der Industrie, im Baugewerbe und in den Dienstleistungsberufen tätig waren. Ursprünglich sah man vor allem die Vorteile des Gastarbeiterzustroms, dies umso mehr, als angesichts der prekären Verdienst- und Arbeitsverhältnisse in den Herkunftsändern der Zuwanderer diesen die Anstellung in der Schweiz hochwillkommen war. Aber allmählich traten mehr und mehr die Kehrseiten eines grossenteils auf Einwanderung beruhenden Wirtschaftswachstums zutage. Zweifellos half der Bezug ausländischer Arbeitskräfte wesentlich mit, die Kostenerhöhungen in der Schweiz in erträglichen Grenzen zu halten. Das hatte zur Folge, dass unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland sich wesentlich verbesserte. Die Zu-

nahme der schweizerischen Warenausfuhr im Zeitraum 1950/70 ist imposant: in Franken gleichbleibender Kaufkraft vermochte sich der Gesamtwert unserer Exporte im Laufe der fünfziger Jahre nahezu und im Laufe der sechziger Jahre gut zu verdoppeln. Doch zeigte sich mit der Zeit, dass die zunehmenden Gastarbeiterbestände (im Zeitraum 1950/70 vermehrte sich die ausländische Wohnbevölkerung einschliesslich Familienangehörigen, aber ohne Saisonarbeiter um rund 720 000 Köpfe) Komplikationen besonderer Art herausbildeten. Vor allem erwies sich eine zusätzliche Bevölkerungsvermehrung dieses Umfangs als Inflationsherd erster Ordnung und zwar darum, weil weder das Infrastrukturangebot noch die Wohnungsproduktion dem steigenden Bedarf zu entsprechen vermochte. Anderseits wurde immer deutlicher, dass nicht selten mit dem Einsatz von Gastarbeitern der Weg des geringsten Widerstandes beschritten wurde und manche fälligen Produktions- und Strukturverbesserungen unterblieben. Das lässt sich auch daran erkennen, dass bei einem sehr massiven absoluten Wirtschaftswachstum die bevölkerungsbezogene Wachstumsrate bescheidener ausfiel: während das reale Bruttonsozialprodukt sich im Zeitraum 1950/69 insgesamt ungefähr verdreifachte, erhöhte sich das reale Bruttonsozialprodukt je Einwohner gleichzeitig nur um siebzig Prozent.

Die Suche nach einem Gleichgewicht: die staatlichen Massnahmen

Dass es in diesem Stile nicht weitergehen konnte, lässt sich mit Händen greifen. Man kann eine nationale Volkswirtschaft nicht unbeschränkt auf ausländische Ressourcen abstützen. Eine Kehrtwendung musste kommen: nachdem der Bundesrat bereits im Jahre 1964 seine Absicht kundgetan hatte, eine Stabilisierung der ausländischen Arbeitskräfte herbeizuführen und in der Folge eine Reihe einschränkender Beschlüsse gefasst hatte, entschloss er sich im März 1970, zur Globalplafonierung bei weitgehender Freizügigkeit der bereits anwe-

senden Gastarbeiter überzugehen, was – da Neuzüge fortan nur gemäss den Ausreisen bewilligt wurden – erstmals den Anstieg der in der Schweiz wohnhaften Gastarbeiter effektiv zu stoppen vermochte. Man braucht hier wohl nicht zu betonen, dass dem Bundesrat nationalistische oder sonstige den Ausländern gegenüber unfreundliche Gefühle vollkommen fremd waren, als er zu jenen Beschränkungsmaßnahmen griff. Es ging letztlich um eine Frage des Masses, des Masses in demographischer Hinsicht, des Masses in staatspolitischer Beziehung, des Masses aber auch unter ganz nüchternen ökonomischen Aspekten.

Die Initiative gegen die Überfremdung

Gleichzeitig muss man offen zugeben, dass bei der damaligen Stimmung in breitesten Volkskreisen es ohne die bundesrätlichen Beschränkungbeschlüsse vom März 1970 kaum gelungen wäre, die Stimmbürger zu bewegen, sich gegen die von Nationalrat Schwarzenbach und seinen Freunden lancierte Überfremdungs-Initiative auszusprechen. Im Vorbeigehen sei bemerkt, dass immerhin über 550 000 Schweizerbürger bei 655 000 Neinstimmen für die Vorschläge von Nationalrat Schwarzenbach votierten – die eine ungleich schärfere Beschränkung der Ausländer verlangten als dem Bundesrat irgendwann vorgeschwobt hatte – erregte im Ausland vielerorts Befremden und Kopfschütteln. Es wäre wünschenswert, wenn die Auslandschweizer in ihren Gastländern um etwelches Verständnis für den Stand der Dinge und den Gang der Ereignisse in unserem Lande werben würden.

Die Wichtigkeit von gewissen psychologischen Faktoren

Die 550 000 Stimmbürger, die am 7. Juni 1970 ein Ja zugunsten der Überfremdungs-Initiative in die Urne legten, waren nur zu einem kleinen Teil von Fremdenfeindlichkeit oder chauvinistischem Ressentiment erfüllt. Verschiedene Umfragen und Erhebungen zeigen vielmehr, dass eine Reihe ganz anderer Motive mit hineinspielte: vor allem Gefühle einer Bedrängung durch

menschliche Massierung in räumlicher Enge, durch technische und wirtschaftliche Dynamik und die dadurch bedingten sozialen Umschichtungen, durch die im Zuge des beschleunigten Wirtschaftswachstums erhöhten Spannungen zwischen Konjunkturbegünstigten und wirtschaftlich Benachteiligten sowie nicht zuletzt durch die erst unlängst in ihrer ganzen Tragweite erkannte Umweltschädigung und Umweltgefährdung. Im Endergebnis mögen solche Motive, die nur lose und mittelbar mit der hohen Ausländerzahl zusammenhängen, für zahlreiche Stimmbürger gewichtiger gewesen sein als Fremdenfeindlichkeit irgendwelcher Art.

Die statistischen Aspekte

Schliesslich wäre es angezeigt, was die rein statistischen Aspekte anbelangt, zu unterstreichen, dass bei einer Gesamtbevölkerung unseres Landes von 6,2 Millionen der für Ende 1970 ermittelte Ausländeranteil von einer Million genau sechzehn Prozent ausmacht. In der Bundesrepublik Deutschland (ohne West-Berlin) würde das zum Beispiel einem Ausländerbestand von 9½ Millionen entsprechen statt ungefähr zwei Millionen in Wirklichkeit und in Schweden einem Ausländerbestand von etwa 1,3 Millionen statt ungefähr 250 000 in Wirklichkeit. Diese Proportionen muss man sich vor Augen führen, um die

demographische Position und die bevölkerungspolitischen Probleme unseres Landes besser zu verstehen.

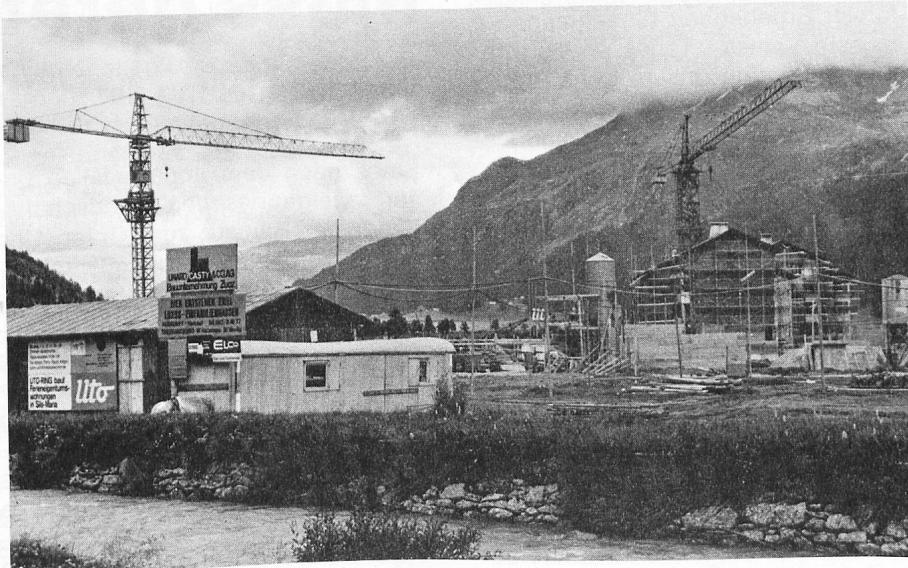
Die monetären Probleme: die Aufwertung

Knapp 14 Monate nach dem Gastarbeiterstopp hat der Bundesrat – im Mai 1971 – eine 7 %ige Aufwertung des Schweizerfrankens vorgenommen und ausserdem zu sogenannten flankierenden Massnahmen – insbesondere zur Nachfragedämpfung auf dem Baumarkt – gegriffen. Die Frankenaufwertung erfolgte vor allem aus monetären Gründen; selbstverständlich hat sie aber auch ihre konjunkturpolitische Bedeutung, indem sie dem Sog der Auslandsnachfrage entgegenwirkt. Wie weit es uns gelingt, eine gewisse Beruhigung herbeizuführen, hängt nicht zuletzt vom Fort- und Ausgang der jüngsten internationalen Währungskrise ab.

Warum staatliche Interventionen?

Der Eingriff des Staates in das wirtschaftliche Geschehen ist nicht unbedenklich und wird nicht von allen Wirtschaftskreisen mit ungeteilter Freude verfolgt. Aber die Markt- und Wettbewerbswirtschaft, zu der sich die Schweiz seit Schaffung der Bundesverfassung von 1848 bekannt und die unserem Lande und unserem Volke einen wirtschaft-

Die Bergtäler werden ebenfalls von einem bedeutenden Aufschwung der Bautätigkeit betroffen; dadurch leidet oft das ästhetische Gleichgewicht. (Siehe auch Artikel «Surlej»)



lichen Aufstieg ohnegleichen gebracht hat, hat sich nirgendwo und nirgendwann willkürlich und eigenmächtig entfaltet, sondern immer und überall innerhalb eines bestimmten Rahmens, der nicht durch die Wirtschaft allein, sondern durch Staat und Gesellschaft gesetzt wird. Das ist eine Binsenwahrheit, die häufig vergessen wird. Jene Rahmenbedingungen hat der Bundesrat in jüngster Zeit durch den Gastarbeiterstopp, die Frankenaufwertung und den Baubeschluss geändert und damit versucht, die Weichen der Wirtschaftsentwicklung von Hause und Boom auf Beruhigung und Entspannung zu stellen. Die kommenden Konjunkturartikel der Verfassung, für welche bereits ein Expertenentwurf vorliegt, sollen dem Bund die rechtlichen Möglichkeiten einräumen, differenzierter und nuancierter als bisher auf eine Normalisierung der Wirtschaftskonjunktur, auf eine Eindämmung der Teuerung und auf ein gleichgewichtiges Wachstum hinzuwirken. Wenn der Staat in diesem Gebiet in Zukunft etwas aktiver wird, dann geschieht dies nicht aus Freude an der Intervention oder aus andern machthungrigen Absichten. Auch sollen die Verantwortlichkeiten in keiner Weise verwischt werden; aber es geht darum, jene Hilfe bereitzustellen, die notwendig ist, wenn die freie Marktwirtschaft, zu der wir uns nach wie vor aus voller Überzeugung bekennen, ihre Funktionsfähigkeit und ihre Glaubwürdigkeit nicht verlieren soll. Wir können die Teuerung nicht einfach in fataler Ergebenheit hinnehmen. Sie müsste eines Tages mit ihrer Kosteninflation unsere Konkurrenzfähigkeit überhaupt in Frage stellen. Mit der Ausbreitung des Inflationsbazillus auf die Preise und Löhne erhöht sich auch das Risiko der Flucht nach vorne, d. h. der Forderung nach massiven und direkten Eingriffen in die Preis- und Lohngestaltung. Die nachhaltige Teuerung vermindert aber auch ganz allgemein die Bereitschaft zum Sparen, zur privaten Vorsorge für Alter und Krankheit und nährt das Bedürfnis nach staatlichem Schutz und staatlich garantierter Sicherheit. Wenn wir es dem Staat verwehren, die für ein befriedigendes Funktionie-

ren unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, so dürfen wir nicht erstaunt sein, wenn der Glaube an die Tauglichkeit dieser Wirtschaftsordnung zu schwinden beginnt; das führt schliesslich zu Resignation und verantwortungslosem Verhalten.

Ein dringendes Problem: der Umweltschutz

Auch im Blick auf die Umwelt und den Umweltschutz lässt sich die Breitenexpansion weniger und weniger befürworten und verantworten. Denn wir alle wollen nicht nur ausreichend verdienen, um unseren existenziellen und kulturellen Bedarf decken zu können, sondern wir wollen das, was wir produzieren und konsumieren, inmitten einer sauberen Umwelt erzeugen und verbrauchen. Zu unserem Wohlbefinden benötigen wir nicht allein Nahrungsmittel, Kleider und Wohnraum, Kühlschränke und Automobile – genau so sehr brauchen wir klares Wasser, frische Luft, eine Atmosphäre, welche das Sonnenlicht durchlässt und eine Umgebung, die weder Augen noch Ohren beleidigt. Wir werden in Zukunft

nicht mehr alles machen können, nur weil es machbar ist; wir werden vielmehr den Mut aufbringen müssen, auf einen technischen Fortschritt zu verzichten, wenn er von einer höheren Warte aus gesehen die menschliche Wohlfahrt und das gesellschaftliche Wohlergehen nicht fördert, sondern beeinträchtigt und damit keinen echten, sondern nur einen scheinbaren Fortschritt darstellt.

In seinen weiteren Ausführungen skizzierte der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes (EVD) die Haltung der Schweiz zur Frage der europäischen Integration. Wir werden nicht verfeheln, dieses wichtige Problem im Lichte der Verhandlungen, die inzwischen in Brüssel stattgefunden haben, in unserer nächsten Nummer zu analysieren. Wir erinnern jedoch daran, dass der Bundesrat kürzlich seine Haltung in einem grundsätzlichen Rapport dargelegt hat («Die Entwicklung der europäischen Integration und die Stellung der Schweiz», 134 Seiten), der bei der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale, Fellerstrasse 21, CH-3003 Bern-Bümpliz, zum Preise von SFr. 5.70 bezogen werden kann.

Surlej im Oberengadin muss gerettet werden

Verschandelung der Landschaft

Eines nach dem andern fallen unsere vielgepriesenen Landschaftsbilder der Bauwut zum Opfer. Und zwar sind es gerade die allerschönsten Stellen, die am meisten und als erste betroffen werden. Das einzigartige Rebberggebiet zwischen Chardonne und Chexbres über dem Genfersee ist heute unbarmherzig von der Autobahn und ihren Zufahrtsrampen zerschnitten; das wohl malerischste mittelalterliche Stadtbild unseres Landes, Fribourg, wird nun von allen Seiten durch

banale, moderne Wohnblöcke beeinträchtigt, denn helle Betonfassaden vertragen sich ganz und gar nicht mit den historischen Bauten und den Sandsteinfelsen des Saanetales; die einst zauberhafte Höhenterrasse von Montana und Crans im Wallis ist ein einziger Tummelplatz von Appartementhäusern und Hotels geworden; mitten in den spätklassizistischen Bauten an der berühmten Höhenmatte in Interlaken, die diesem Kurort eine besondere, gepflegte Atmosphäre gaben, ragt nun unbarmherzig ein 20stöckiges Hochhaus empor; in St. Moritz schiessen jeden Monat